

Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Haushaltsentwurf für 2024

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
meine Damen und Herren,

Haushaltsentwurf 2024. Fiasko oder Top? Diese Frage stellt sich, wenn man 66 Mio. oder 30 % mehr Einnahmen durch die Kreisumlage erhält, aber dennoch große Probleme hat ihn genehmigt zu bekommen. Rückgänge in den Zuweisungen und bei der Grunderwerbsteuer, Erhöhung der Aufwendungen beim Personal, bei den Kliniken und im Sozialbudget zehren diesen Gewinn nicht nur auf, sie vergrößern sogar das Defizit.

Ein Haushaltsplan ist immer mit viele Annahmen verbunden, die erst durch die Wirklichkeit verifiziert werden. Im vorliegenden Haushaltsentwurf stecken viele optimistisch anmutende Annahmen, die hohe Risiken in sich bergen. Diese Risiken gilt es zu bewerten. Können wir sie tragen oder müssen wir sie in den Bereich der Träume abtun.

Wesentliche **Risiken** sind:

- Der Ansatz für die Grunderwerbsteuer
Angesichts der Zins- und Kostenentwicklung hat sich der Immobilienmarkt deutlich abgeschwächt. Der Planansatz von 35 Mio. dürfte kaum erreicht werden.
- Der Planansatz bei den Bußgeldern
Ein dritter Enforcement-Trailer wird Einnahmen nach sich ziehen, durch den Gewöhnungseffekt bei den Autofahrern aber eher nicht progressiv.
- Mehraufwand im Sozialbudget
Die Absenkung des Mehraufwands um 3,5 Mio. ist angesichts der Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung und den Zugangszahlen bei Flüchtlingen wohl eher nicht erreichbar.
- Die Entwicklung der Klinikverluste
Diese Entwicklung ist kaum zu durchschauen, zum einen sind sie rasant gestiegen, zum anderen sind sie sehr volatil. Ich werde später noch darauf eingehen.

Das waren die Hauptrisiken, darüber hinaus gibt es weitere, wie die Entwicklung der Energiekosten, die Finanzierung des Busverkehrs oder die Finanzierung des Deutschlandtickets.

Wie gehen wir mit diesen Risiken um?

Wie sagte es schon Walter Scheel: *Nichts geschieht ohne Risiko, aber ohne Risiko geschieht auch nichts.*

Das heißt für uns: Im Interesse der Kommunen, die vielfach unter erheblichen Belastungen ächzen, akzeptieren wir letztlich diese Risiken und stimmen damit auch dem **Kreisumlagehebesatz von 32,0 %** zu.

Nun aber unsere Aussagen zu den Teilhaushalten und Handlungsfeldern.

Der **Klimaschutz** muss vorangetrieben werden. Da sind wir alle gefordert und es bedarf großer Anstrengungen die Klimaziele einzuhalten. Ein klimaneutrales Landratsamt 2035, ein Ausbau der erneuerbaren Energien und nachhaltige Mobilität sind auch für uns wichtige Ziele.

Um die **Nachhaltigkeit** in der Verwaltung voranzubringen, ist eine Digitalisierung der Abläufe und Dienstleistungen dringend erforderlich. Dafür sind hohe Beträge im Haushalt eingestellt. Dem stimmen wir zu und erhoffen uns einen verbesserten Bürgerservice und mittelfristig auch Einsparungen beim Personal.

Das Engagement der Landkreisverwaltung bei den Windenergieanlagen und den Photovoltaikanlagen sehen wir grundsätzlich positiv. Es sollte sich aber auf die gesetzlichen Notwendigkeiten und auf eine Mittlerrolle unter den Akteuren beschränken. Allein die Umstellung von Bestandsgebäuden auf regenerative Energieträger erfordert schon gewaltige Aufwendungen.

Die **Kliniken** belasten den Haushalt extrem, sowohl im Ergebnishaushalt als auch im investiven Bereich. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf durch Ergebnisverbesserung, Überarbeitung der Medizinkonzeption und der Vollfusion.

Wir stehen zur Ergebnisverbesserung wohl wissend, dass dies ein schmaler Grat zwischen Effizienzsteigerung, Personalbelastung und Patientenwohl sein kann. Vom Geschäftsführer ist hier viel Fingerspitzengefühl gefordert. Der überbordende Papieraufwand in den Krankenhäusern muss endlich aufhören und durch eine anwenderfreundliche Digitalisierung ersetzt werden.

Die Medizinkonzeption behandeln wir in der nächsten Kreistagssitzung. Ich gehe heute darauf nicht ein. Allerdings erwarten wir, dass in die Finanzplanung des Eigenbetriebs Gebäudemanagement der Investitionsbedarf aus der Medizinkonzeption für die Krankenhäuser Herrenberg und Leonberg eingestellt wird.

Die Fusion der Kreiskliniken Landkreis Böblingen mit den Kliniken des Landkreises Calw ist überfällig. Unsere Fraktion hat diese Fusion schon vor 2 Jahren unterstützt, aber um eine zeitnahe Umsetzung gebeten. Leider haben sich die Verhandlungen so in die Länge gezogen.

Wir wollen, dass die Krankenhäuser in Leonberg und Herrenberg auch in Zukunft eine bedeutende Rolle bei der Gesundheitsversorgung der Menschen im Landkreis spielen werden. Notwendig ist dabei eine Spezialisierung auf qualitativ hochwertige, spezielle Dienstleistungen, sowie ein Ausbau der geriatrischen Reha, um insbesondere älteren Menschen eine

Nachbetreuung vor allem nach chirurgischen Eingriffen anbieten zu können. Außerdem muss Leonberg weiter der Standort des Rettungshubschraubers bleiben.

Um die für den Betrieb notwendigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, ist es aus unserer Sicht unabdingbar, dass der Landkreis weiteren Wohnraum schafft, der speziell für Mitarbeiter der Flugfeldklinik vorgehalten wird.

Menschen in allergrößter Not zu helfen, ist selbstverständlich. Wirtschaftliche Nachteile sind global verbreitet, sie zu lindern sind eine große Aufgabe der Staatengemeinschaft. Sie durch Migration zu überwinden, ist keine Lösung und kann daher kein Asylgrund sein.

Mittlerweile sind die Grenzen der Belastbarkeit in den Kommunen und im Landkreis sowie bei den Bürgern überschritten. Ein weiter so, birgt erheblichen politischen und sozialen Sprengstoff. Dringend appellieren wir an Bundesregierung, Maßnahmen zur Eindämmung der Flüchtlingsströme und zur besseren Verteilung in Europa zum Beispiel auch durch eine Harmonisierung der Hilfeleistungen einzuleiten. Die aktuellen Beschlüsse mögen die Situation vielleicht etwas entschärfen, gelöst ist das Problem damit aber nicht.

Der Landkreis trägt Verantwortung für die **Berufsschulen**, die Zentren für Sonderpädagogik und – gemeinsam mit den Gemeinden – für die Kindergartenversorgung im Landkreis. Die Berufsschulen sind nach Auffassung der FDP ein wichtiges Fundament für die Leistungsfähigkeit unserer regionalen Wirtschaft. Dort werden jene Fachkräfte ausgebildet, die wir brauchen, um die Zukunft der Unternehmen und der öffentlichen Einrichtungen zu sichern. Deshalb ist es für uns wichtig, den Sanierungsbedarf an den Berufsschulen zügig zu erfüllen, das heißt die Sanierung zeitnah nach Fertigstellung der Flugfeldklinik in Angriff zu nehmen und die Zeit bis dahin nutzen, eine zukunftsweisende Strategie auszuarbeiten.

Im Bereich des **Straßenbaus** steht nach einer Investitionswelle in den letzten Jahren jetzt der Erhalt der Kreisstraßen im Vordergrund. Weitere Investitionen sind allerdings bei der Verbindungsstraße zwischen Nebringen und Sindlingen und bei der Verbindungsstraße Grafenau – Aidlingen erforderlich. Beim Ausbau von Landes- und Bundesstraßen ist erforderlich, dass der Landkreis die Entscheidungsträger zur schnellen Umsetzung der Maßnahmen drängt, wie Ausbau des sog. Lückenschluss bei Renningen, die Sanierung der Straße zwischen Weil der Stadt-Hausen und Heimsheim.

Wichtig ist, dass das Angebot im **öffentlichen Personennahverkehr** zuverlässig und nachfrageorientiert ist. On-Demand-Verkehre sind als Ersatz dort zu prüfen und umzusetzen, wo sie bedarfsgerecht eingesetzt werden können. Einsparmöglichkeiten bestehen an nachfrage-schwachen Tagen und Tageszeiten.

Beim **Busverkehr** liegt uns besonders die Zukunft der mittelständischen Busunternehmen am Herzen. Wir hoffen, dass es gelingt, dass die Busunternehmen im ÖPNV wieder zu ihrer alten Leistungsfähigkeit zurückfinden. Soweit neue Konzessionen zu vergeben sind, streben wir einen Zuschnitt der Konzessionsgebiete an, der Bewerbungen mittelständischer Unternehmen erleichtert.

Wir sehen mit Zuversicht dem Einsatz der neuen Züge bei der **Schönbuchbahn** entgegen und hoffen, dass dies spätestens bis Mitte 2024 gelingt.

Dem Ausbau des **Radwegenetzes** mit hohen Investitionen stehen wir wohlwollend gegenüber, wollen aber anregen, mehr Radwege anstatt aufwendiger Radschnellwege umzusetzen.

Wir **bedanken** uns bei allen Beschäftigten der Verwaltung, die wichtige Aufgaben in unserem Landkreis erfüllen. Unser ausdrücklicher Dank geht an jene, die mit der Haushaltserstellung direkt befasst waren, und uns beraten haben. Desweiteren bedanken wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen im Kreistag für die konstruktive Zusammenarbeit und freuen uns auf eine Fortsetzung dieser Zusammenarbeit. Vielen Dank.

FDP-Fraktion